Thema: attac,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2417&koobi...

Jahoda-Bauer Institut gegen EU-Fiskalpakt

(4.7.2012) Das Marie Jahoha - Otto Bauer Institut in Linz wendet sich in einem offenen Brief an die sozialdemokratischen Abgeordneten. Mittlerweile ist bekannt, dass der angekündigte "Aufstand" roter Abgeordneter nicht stattfinden wird. **Nur Sonja Ablinger**, SPÖ OÖ, wird gegen den EU-Fiskalpakt stimmen.

Das Jahoda-Bauer Institut hat das Schreiben als **ins Web** gestellt und zitiert in seinem **Blog** auch aus den inhaltlichen Argumenten gegen den Fiskalpakt, der nun im Parlament beschlossen werden soll:

Der Fiskalpakt stranguliert Europa

Der Fiskalpakt ist die falsche Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise. Er verschlechtert die Lage Europas, weil den wahren Ursachen der Krise nicht begegnet wird. Im Gegenteil wird so Demokratie abgebaut und die Macht der Parlamente eingeschränkt mit dem Ziel, soziale Errungenschaften einzusparen und den öffentlichen Sektor zu schwächen. Das ist der falsche Weg für alle, die für ein fortschrittliches Europa eintreten, in dem die Menschen in Wohlstand und Zufriedenheit leben können.

Der Fiskalpakt ist wirtschaftspolitisch falsch

Solide öffentliche Haushalte sind nur bei entsprechendem Wirtschaftswachstum möglich und nicht durch die einseitige Kürzungspolitik des Fiskalpakts. Die Bestimmungen in der Schuldenregel und Defizitregel führen gemeinsam dazu, dass öffentliche Zukunftsinvestitionen in Bildung, Soziales, Infrastruktur oder Umweltanliegen nicht mehr möglich sein werden. Im Zuge von Entlassungen und der Kürzung von Sozialleistungen entsteht eine Abwärtsspirale, die in die Rezession führt und so letztlich auch privaten Unternehmen schadet.

Der Fiskalpakt ignoriert den Zusammenhang zwischen Staatsausgaben und Konjunktur. Die Folgen sind in den südeuropäischen Staaten deutlich sichtbar: Die Konjunktur bricht ein und die Staatsverschuldung steigt genauso wie die Arbeitslosigkeit. Die strenge Sparpolitik ist damit bereits gescheitert! Europa droht damit eine Phase der Deflation und damit der Stagnation, wie sie Japan seit der Wirtschaftskrise Anfang der 1990er Jahre durchmacht.

Die richtigen Antworten auf die Finanz- und Wirtschaftskrise müssen bei den wahren Ursachen ansetzen: die steigende Ungleichverteilung der Vermögen, makroökonomischen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone und die unregulierten Finanzmärkte. Auf diese strukturellen Probleme müssen wir rasch reagieren, dann sinken auch die Staatsschulden!

Der Fiskalpakt ist ein Schaden für die Demokratie

Der Fiskalpakt sieht keine Kündigungsklausel vor, er kann nicht von einzelnen Mitgliedsstaaten, sondern nur einstimmig von allen Mitgliedsländern gekündigt oder geändert werden, was einer Ewigkeitsgarantie gleichkommt. Dabei werden die Rechte der Parlamente in Haushaltsfragen eingeschränkt: Weicht der Staat vom Budgetziel ab (0,5% des BIPs Schuldenbremse), wird ein automatischer Korrekturmechanismus ausgelöst, dessen Grundsätze von der nicht demokratisch legitimierten EU-Kommission erst vorgegeben werden. Zudem müssen Staaten im Falle eines Defizitverfahrens (>3% des BIPs) ihr Budget („Programm mit Sturkurreformen“) von EU-Kommission und EU-Rat genehmigen lassen. Da viele der Bestimmungen auch Kommunen und Sozialversicherungsträger betreffen, sind sie gerade für Maßnahmen der Daseinsvorsorge und des Sozialstaates ein großer Hemmschuh.

Ungeklärt ist weiterhin die zentrale rechtliche Frage, ob der Fiskalpakt nicht als Teil der vertraglichen Grundlagen der EU bewertet und deshalb mit einer Zweidrittel-Mehrheit ratifiziert werden muss. Führt diese, von vielen ExpertInnen geführte Argumentation im Nachhinein zu einer Aufhebung des Fiskalpakts,

Die Männer-Riesenpleite...
Grundsätzliches zum Grundeinkommen...
8 Thesen zum Grundeinkommen...
Das Frauenbeschäftigungspaket von Frauenministerin Bures...
ÖBB- und Asfinag-Aufsichtsrat = Männersache...
Die Arbeitsmarktsituation in Österreich...
Blick der Wirtschaftskammer auf die Konjunktur...
Die Einstellung der Bevölkerung zur Privatisierung...
Armut und Diskriminierung sind weiblich...
Einkommensunterschiede: StadträÃ¤tin Frauenberger vs. WK-Chef Leitl...
(20.7.) Zivilgesellschaft gegen Spekulation mit Steuergeld...
Clean Clothes zu den Arbeitsbedingungen bei IKEA...
Frauenministerin für Sanktion bei ungleichen Einkommen...
"Best of Business": Reine MÃ¤nnerwirtschaft...
(20.7.) Beatrix Karl ist Ã–AAB-GeneralsekretÃ¤rin...
Der Würgegriff von Ratingagenturen und IWF...
3.8. "PraktikantIn gesucht!" Studie Ã¼ber Angebote in Ã–sterreich...
Minisicherung oder: Das Leben der anderen...
Arbeiterkammer: Banken-Abzocke in der Krise...
Bezahlen Frauen die MÃ¤nnerkrise?...
Diskriminierte Managerinnen...
Frauenarbeit in der Krise - GesprÃ¤ch mit Dwora Stein (GPA)...
Wirtschaftskammer: Männer in Pflegeberufe...
Darf nur die Post zur Polizei?...
Soll der Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen geöffnet werden?...
Appell des Deutschen Gewerkschaftsbundes...
Wirtschaft für die Menschen statt für den Profit...
Frauen und Geld: Martina EschelmÃ¼ller-Futschik "TopFit for Money"...
Kleinunternehmerinnen, Kindergeld und Krise...
"Klassenkampf" um die Mindestsicherung...
Diskussion "Wie gerecht ist unser Sozialsystem?"...
Die grenzenlose Gier der Manager nach Bonuszahlungen...
Kein guter Gender Gap Report fÃ¼r Ã–sterreich...
Josef Pröll sucht den Superpraktikanten...
Für das Grundeinkommen: Die "Krönungswelle" erreicht die Wiener Uni...
Volkskrankheit soziale Unterschiede...

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Internetclipping erstellt am 09.07.2012 für Attac Österreich zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.

© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at

Thema: attac,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2417&koobi...

so geht das wiederum zu Lasten des Ansehens der Demokratie im Allgemeinen und der Politik im Speziellen.

Der Fiskalpakt ist ein Anschlag auf den Sozialstaat

Der Fiskalpakt verschärft und institutionalisiert die sogenannte Sparpolitik. Dies passiert zu 80% ausgabenseitig und damit zu Lasten jener staatlichen Leistungen, für die wir als Sozialdemokratie jahrzehntelang gekämpft haben. Konkret werden Löhne, Arbeitslosengelder und Pensionen gekürzt. Bei dem zeitlichen und institutionellen Druck, der durch den Fiskalpakt entsteht, bleibt den Staaten keine Alternative mehr, als den Weg der Ausgabenkürzungen zu gehen.

Infos:
Jahoda Bauer-Institut
Kommt Fiskalpakt-Verfassungsklage der Opposition? (Grüne und BZÖ dafür, FPÖ zögert)
Solidarität mit Sonja Ablinger: Weil sie als einzige in der roten Parlamentsfraktion gegen den Fiskalpakt stimmte, wird Sonja Ablinger unter Druck gesetzt. Der Aufruf, den jede/r auch mit Kommentar unterstützen kann, trägt den Titel "Die 57. Stimme".
Sozialistische Jugend gegen Fiskalpakt
ESM: Grüne brüskieren ihre Basis (ignorieren Bundeskongressbeschluss zum ESM)
Fiskalpakt: Appell an den Bundespräsidenten: Attac und die ErstunterzeichnerInnen von "Unser Europa" wenden sich in einem offenen Brief an Bundespräsident Heinz Fischer. Sie fordern ihn auf, den EU-Fiskalpakt nicht zu unterschreiben.
Der große Euro-Schwindel - Die Doku "Der große Euro-Schwindel" berichtet davon, wie die Währungsunion von Anfang an auf Sand gebaut wurde, weil man selbstgegebene Regeln nicht ernst nahm.
Attac warnt vor ESM und Fiskalpakt: Attac appelliert per Presseaussendung an die Abgeordneten und an die Öffentlichkeit: Regierung riskiert Verfassungskrise – ESM und Fiskalpakt übertragen „Modell Griechenland" auf ganz Europa
Fiskalpakt: roter Aufstand abgesagt: Bei der Abstimmung über den EU-Fiskalpakt, wird sich der "Aufstand der SPÖ" darauf beschränken, dass Sonja Ablinger (OÖ) ein Nein artikuliert.
Die Grünen und die Regierung - Grüne ermöglichen Verfassungsmehrheit für ESM
ESM ohne Durchführungsbestimmungen - diese werden den österreichischen Abgeordneten vorenthalten

****

Alexandra Bader
alexandra@ceiberweiber.at

Zur Zukunft von Ceiberweiber

Gefällt mir Eine „Gefällt mir"-Angabe. Registrieren, um sehen zu können, was deinen Freunden gefällt.

Tweet

Mein Feedback-Beitrag zu diesem Artikel

- ÖVP-Transferkonto soll "Schwache" stigmatisieren...
- Geringe Nachfrage nach einkommensabhÃ¤ngigem Kindergeld...
- Warum Frauen manches (angeblich) besser kÃ¶nnen...
- Wollen Frauen wenig verdienen?...
- Neue Initiative zu Frauen in FÃ¼hrungspositionen...
- Kampf für eine Finanztransaktionssteuer...
- Unternehmerinnen in Wien...
- Die Einkommenstransparenz kommt...
- Was bringt die Einkommenstransparenz?...
- Kundgebung für eine Sozialmilliarde...
- Frauen sind mit geringerem Einkommen zufrieden...
- Werben für mehr Väter in Karenz...
- Unternehmen und Krisenmanagement...
- Eine Keule für Christine Marek!...
- Besser Lohndumping als 1300 Euro Mindestlohn?...
- Von Väterkarenz und Rabenmüttern...
- Wikileaks: Frankreich und die Wirtschaftsspionage...
- Wikileaks: Lobbying für Boeing gegen Airbus...
- Software zeigt Einkommens-Diskriminierung...
- Einkommenstransparenz mit Strafen für ArbeitnehmerInnen...
- Die Angst des BZÖ vor Gleichbehandlung...
- Seniorenbund fordert gleiches Pensionsalter für Frauen...
- Ja wo sind denn die Aufsichtsrätinnen?...
- Frauenquoten auch im ländlichen Raum gefordert...
- Aufsichtsräte: mehr Qualität, aber keine Frauenquoten...
- Kampf gegen Frauenquoten...
- Oft unterbezahlt: deutsche Tierärztinnen...
- Weniger weibliche Führungskräfte...
- Fairer Kaffeespot mit George Clooney...
- Unterwegs im Korruptionssumpf...
- Kampagne "Spielsachen fair machen!"...
- Standard & Poor's versus EU-Staaten...
- Attac zum EU-Gipfel...
- Disput über den EU-Fiskalpakt...
- Pressestunde mit dem Bundeskanzler...
- Nur keine Panik: Erste Bank zum Rating für Österreich...
- Attac zum Rating für Österreich...
- Frauen wirtschaften erfolgreicher...
- Zum Internationalen Frauentag: Frauen und Geld...
- Finanzmarktpolitik und Gender...
- Offener Brief von Attac zum Fiskalpakt...
- Was Social Banking bewirken kann...
- Franz-Josef Huainigg und der andere 1. Mai...
- Arbeitsmarkt auch für AsylwerberInnen...
- SPÖ sabotiert eigene Forderungen...
- Rote Karte für adidas...
- Mailaktion zum EU-Fiskalpakt...
- Steuergerechtigkeits-Volksbegehren im Wahlkampf...
- ESM ohne Durchführungsbestimmungen...

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Internetclipping erstellt am 09.07.2012 für Attac Österreich zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.

© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at

Thema: attac,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2417&koobi...

- Attac warnt vor ESM und Fiskalpakt...
- Der große Euro-Schwindel...
- ESM: Grüne brüskieren ihre Basis...
- Fiskalpakt: Appell an den Bundespräsidenten...
- Sozialistische Jugend gegen Fiskalpakt...
- Kommt Fiskalpakt-Verfassungsklage der Opposition?...

WEITERLEITEN DRUCKEN

Home | Impressum | Kontakt | Forum | Downloads | Links |Archiv 1998-2006 |

Neuwagen und Gebrauchtwagenbörse

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Internetclipping erstellt am 09.07.2012 für Attac Österreich zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.

© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at